



Brüssel, 12. Oktober 2010

Inge Gräßle (EVP/CDU):

Europäisches Parlament setzt strengere Finanzkontrollen für EU-Aussenamt durch

*Trilogverhandlungen zwischen Europäischem Parlament und Ministerrat
über EAD-Haushaltsordnung erfolgreich beendet*

Die Verwendung von EU-Geldern durch den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) muss künftig klar nachvollziehbar sein und wird streng kontrolliert: darauf einigte sich gestern Abend eine Verhandlungsdelegation des Europäischen Parlaments unter Leitung der Berichterstatterin Inge Gräßle (CDU) mit Vertretern des EU-Ministerrates im Rahmen der Verhandlungen über die Einzelheiten der Haushaltsordnung des neuen Dienstes. "Das Europäische Parlament hat strenge Regeln für die Auszahlung von EU-Geldern durch den Europäischen Auswärtigen Dienst durchgesetzt. Zudem müssen die Diplomaten in den EU-Vertretungen detailliert Bericht erstatten, wie viel Geld für welche Projekte verwendet wurden, und wie hoch ihre Verwaltungsausgaben sind. Der Steuerzahler bekommen mehr Transparenz in der EU-Außenpolitik", so Gräßle.

Die Einigung sieht vor, dass die EU-Kommission künftig zu Beginn des jährlichen Haushaltsverfahrens alle administrativen und operativen Ausgaben des EAD detailliert dem Europäischen Parlament vorlegen muss. Die Auflistung der Ausgaben muss alle Verwaltungsausgaben auch in den einzelnen Delegationen (Botschaften in Drittstaaten) beinhalten, sowie Anzahl und Besoldung des Personals. Darüber hinaus müssen diese Berichte darlegen, dass operative Mittel ordnungsgemäss ausgegeben wurden. Die ausgegebenen Gelder sollen streng kontrolliert werden. So soll der interne Rechnungsprüfer der EU-Kommission auch für die Prüfung der Ausgaben des EAD zuständig sein.

Gräßle kritisierte allerdings, dass EU-Kommission und Ministerrat weiterhin Personalstellen für auswärtige Politik behalten. Zudem sei durch die Einrichtung des EAD bisher keine nennenswerte Senkung der Verwaltungsausgaben für Europas Außenpolitik in Sicht: "Auch auf der Leitungsebene müssen 10 Prozent der Personalausgaben eingespart werden. Bisher ist der Dienst aber nur durch die Schaffung von 218 neuen Stellen im höheren Dienst bis 2013 sowie Beförderungen noch vor dem Start aufgefallen", kritisierte Gräßle.

Für weitere Informationen

Büro Inge Gräßle MdEP: Tel. +32 228 47868

EVP-Pressestelle, Lasse Böhm, Tel. +32 484 656 897